

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Susanne Hennig-Wellsow:
Was heißt linker Haushalt?



J. Bischoff/B. Radke:
Tsipras »rote Linien«



Richard Detje/Otto König:
Streikrepublik Deutschland?

H. Flassbeck – T. Schulten:
Kontroverse über den Lohn

**Forum
Gewerkschaften**

Supplement:
Industrie der Zukunft?



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Die linke Alternative in Bremen



Entgegen den Umfragen haben die WählerInnen in Bremen ein politisches Beben ausgelöst. Für die auf eine Fortführung der rot-grünen Koalition programmierten Parteien ist das Ergebnis eine Abfuhr. Und erneut ist die Zahl der NichtwählerInnen massiv gestiegen: Es gingen 2015 nur noch 50,1% der Wahlberechtigten zur Wahl. ...

Großbritannien wählt die Austerität



David Cameron hat die Wahl in Großbritannien deutlich gewonnen und kann ohne Koalitionspartner regieren. Die Meinungsumfragen lagen gründlich daneben. Als die ersten Ergebnisse aus den Wahllokalen eingingen und im Fernsehen veröffentlicht wurden, glaubten manche ihren Augen nicht. ...

Der widerspenstige Kontinent



Der VII. Gipfel der amerikanischen Staaten war historisch. Nicht nur wegen des symbolträchtigen »Handshake« zwischen dem kubanischen und US-amerikanischen Präsidenten, sondern wegen Kubas Teilnahme am Gipfel in Panama. ...

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Streikrepublik? Arbeitskämpfe im Merkel-Land	2
Frank Deppe: Ende der Einheitsgewerkschaft? Überlegungen zu sozialer Spaltung, Gewerkschaftskonkurrenz, gesetzlicher Tarifeinheit und politischem Mandat	6
Heiner Flassbeck: Die deutschen Löhne – Konfusion von links bis rechts	13
Thorsten Schulten: Replik auf Heiner Flassbeck	16

Flügelkämpfe & Spielräume

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: AfD – offener Machtkampf	18
Susanne Hennig-Wellsow: Wir machen's gerecht! Überlegungen zu einer linken Landeshaushaltspolitik in Thüringen	23
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Ein sozialer Arbeitsmarkt tut Not Alternativen zur Langzeitarbeitslosigkeit	27
Jendrik Scholz/Birger Scholz: »Solidarische Mindestrente«: Bedingungsloses Grundeinkommen durch die Hintertür?	32

Reformen & Rahmenbedingungen

Joachim Bischoff/Björn Radke: Griechenland – rote Linien gegen finanzielle Repression	38
Boris Kanzleiter: Rote Punkte auf dem Balkan. Der Erfolg von Syriza dynamisiert eine sich neu formierende Linke in Südosteuropa	43
Matteo Gaddi: Die Situation der Arbeit in Italien. Die Veränderungen des Arbeitsmarkts im Zeitraum von 2000 bis 2013	49
Otto König/Richard Detje: Die Zeit der Angst ist vorbei. Die Aufarbeitung der Verbrechen der Militärdiktaturen in Lateinamerika	54
Wolfgang Schlott: Fragile Menschenrechte (zu Hans Joas, Sind die Menschenrechte westlich?)	57

Geschichte | Impressum | Veranstaltungen | Film

Jörg Wollenberg: Mit Georg Elser verwechselt und nach Auschwitz deportiert Zum Schicksal des roten Kapos Hermann Joseph	59
Impressum	57
Veranstaltungen & Tipps	64
Klaus Schneider: Babadook (Filmkritik)	65

Supplement

Joachim Bischoff/Björn Radke/Axel Troost: Industrie der Zukunft? Wertschöpfung zwischen De-Industrialisierung und vierter Industrieller Revolution	
---	--

Streikrepublik?

Arbeitskämpfe im Merkel-Land

von | Otto König und Richard Detje

Daran hat sich wenig geändert: Deutschland ist eines der streikärmsten Länder Europas. Vor allem im letzten Jahr, als der Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn im Juli begann und die Gewerkschaft der Lokführer (GDL) nach zwei Warnstreiks im September vier Arbeitsniederlegungen im Oktober und November folgen ließ, herrschte nahezu Ruhe an der Streikfront. Wäre nicht die Tarifaueinandersetzung im öffent-

lichen Dienst gewesen, an der rund 300.000 Beschäftigte der Kommunen und des Bundes aktiv mit Warnstreiks teilnahmen, könnte man bei insgesamt 345.000 Streikenden von einem nahezu arbeitskampffreien Jahr sprechen. Dies gilt auch bei einer längerfristigen Betrachtung über verschiedene politische und ökonomische Konjunkturen hinweg. Im Jahresdurchschnitt 2005-2013 kamen in Deutschland auf 100 Arbeits-

tage gerade einmal 1,6 Streiktage, gegenüber 13 in Dänemark und Frankreich.¹ Es ist schon interessant, dass die Bundesrepublik sich in der Streikbilanz zwischen den neoliberalen Hochburgen Großbritannien und USA wiederfindet (siehe Abbildung 1).

Doch der öffentliche Eindruck ist ein völlig anderer. Danach wurde die Republik in jüngster Zeit von Streikwellen nahezu überrollt. Auf *ZEIT-online* sieht



Streikende Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen am 20.5.2015 in Lüneburg (Foto: dpa)

Abbildung 1: Arbeitskampfbedingte Ausfalltage
pro 1000 Beschäftigte, Jahresdurchschnitte 2005-2013

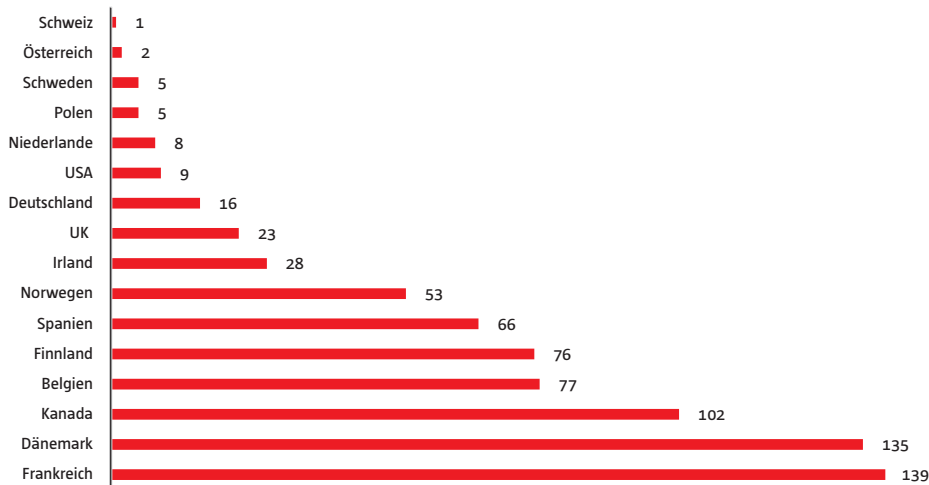
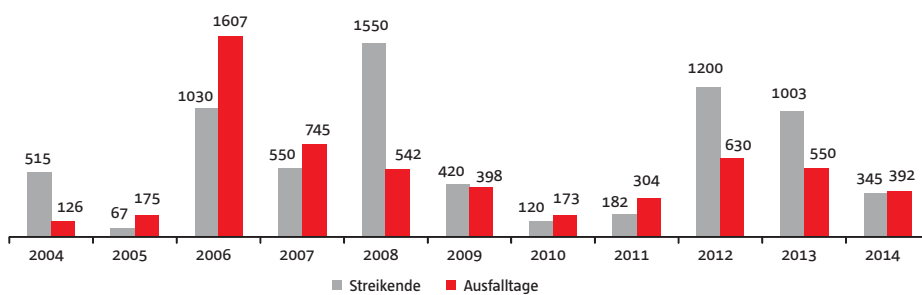


Abbildung 2: Streikende und arbeitskampfbedingte Ausfalltage
in 1.000, 2004-2014



Quelle für beide Abbildungen: H. Dribbusch, WSI-Arbeitskampfbilanz 2014, Pressedienst, 4.3.2015.

die Journalistin Marlies Uken schon »griechische Verhältnisse« heraufziehen. Von der »Streikrepublik Deutschland« liefern *FAZ*, *Süddeutsche* und *Welt* Frontberichterstattung. Das liegt nicht nur an den Lokführern. Die ErzieherInnen in den kommunalen *Kitas* und andere Einrichtungen des Sozial- und Erziehungsdienstes sind für eine Neueingruppierung der Arbeit in einen unbefristeten Streik getreten. Die Piloten der Lufthansa-Tochter *Germanwings* kämpfen gegen Dumping-Tarife nicht weniger unerbittlich wie ihre Kollegen von der Schiene. Bei *Amazon* geht es gegen prekäre Arbeitsbedingungen und für die Anerkennung autonomer Interessenvertretung. Bei der *Post* streiken die Beschäftigten für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich und gegen die Strategie des Post-Managements, Tarifverträge durch Gründung von Niedriglohngesellschaften zu unterlaufen. Und – last but not least – kämp-

fen die Beschäftigten des Geldtransportunternehmens Prosegur aus Potsdam mit Arbeitsniederlegungen für mehr Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Spartengewerkschaften: überschätzt

Also doch »Streikrepublik«? Angeheizt von Spartengewerkschaften wie dem Marburger Bund, der Vereinigung Cockpit oder der GDL, die ihr eigenes organisationspolitisch gewürztes Süppchen kochen und nicht zuletzt durch die große mediale Aufmerksamkeit andere Beschäftigtengruppen aufhetzen? Unsinn!

Erstens: Ein Blick auf die Streikstatistik zeigt, dass es nach wie vor die »klassischen« Tarifkonflikte in der Metallindustrie oder im öffentlichen Dienst sind, die aufgrund der Masse der Beteiligten für die große Zahl arbeitskampfbedingter Ausfalltage sorgen (Abbildung 2). Wenn in diesem Jahr die Zahl der

Streikenden gegenüber 2014 wieder ansteigt, liegt das letztlich nicht an 3.000 GDL-Lokführern, sondern an den Warnstreiks der IG Metall im Frühjahr mit 870.000 Beteiligten.

**Forum
Gewerkschaften**

Zweitens: Die Reichweite der Mobilisierungskraft der Sparten- oder Berufsgewerkschaften wird überschätzt – Realität und mediale Vermittlung fallen weit auseinander. Reinhard Bispinck präsentiert die Zahlen des WSI-Tarifarchivs: »In den Jahren 2006 bis 2014 gingen auf das Konto der Berufsgewerkschaften 6,7% der Streiktage.« In diesem Zeitraum weist die WSI-Datenbank »rund 46 Tarifkonflikte mit Streikaktionen der Berufsgewerkschaften aus. Im direkten Vergleich mit den DGB-Gewerkschaften relativiert sich diese Zahl. Allein die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) führte im selben Zeitraum 140 Streikaktionen aus, bei ver.di waren es 800 Tarifkonflikte mit Streikaktionen. Diese Zahlen zeigen, dass die Berufsgewerkschaften nicht an der Spitze der Bewegung stehen.«²

Drittens: Die Ausstrahlungskraft der Spartengewerkschaften erweist sich als begrenzt. Ganz offenkundig bestehen soziale und organisationspolitische Grenzen, die dafür sprechen, dass ein neues Gewerkschaftsmodell daraus nicht entsteht. Die spezifischen Bedingungen, die auf Flughäfen, bei der Bahn und im Krankenhaus bestehen, sind eben nicht verallgemeinerbar.³ Hinzu kommt, dass Überbietungskonkurrenz eher Einzelfälle betrifft: »Das *Handelsblatt* veröffentlichte im September vergangenen Jahres die Tarifergebnisse der unterschiedlichen Gewerkschaften... Bei der Deutschen Bahn hat die EVG in den

Otto König ist Mitherausgeber, *Richard Detje* Redakteur von *Sozialismus*.

¹ Siehe Heiner Dribbusch: WSI-Arbeitskampfbilanz 2014: Deutlich geringeres Streikvolumen, anhaltend viele Konflikte, WSI-Pressedienst, 4.3.2015.

² Reinhard Bispinck: Wirklich alles Gold, was glänzt? Zur Rolle der Berufs- und Spartengewerkschaften in der Tarifpolitik, auf: www.gegenblende.de (11.5.2015).

³ So auch die Argumentation von Detlef Henschke: Hände weg von Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie und Streikrecht! Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin, Dezember 2014.

Jahren 2007 bis 2014 etwas besser abgeschnitten als die GDL, bei der Lufthansa erreichten Cockpit ein Plus von 17%, UFO 21% und ver.di 27%.«⁴

Solidarität?

Es spricht viel dafür, argumentativ-propagandistisch im Umgang mit Spar-tenorganisationen abzurufen. Das ist leicht gesagt, aber schwer umzusetzen, schließlich geht es um Organisationsmacht und -interessen. Wir wollen auch keinen Zweifel aufkommen lassen: Wir halten die Politik der GDL, ihre Organisationsinteressen in den Vordergrund zu stellen, für gewerkschaftspolitisch schädlich. Wir meinen, dass sich GDL und EVG verständigen sollten über eine Tarifeinheit, die Organisationsabgrenzungen klärt, indem unterschiedliche Zuständigkeiten per Mitgliedervotum erfragt, tarifpolitische Schwerpunkte koordiniert und organisationspolitische Eigenständigkeit anerkannt werden. Denn im »Bruderzwist« gerät letztlich die Konfliktachse mit der Arbeitgeberseite in den Hintergrund.

Insofern spräche viel dafür, gemeinsam die zunehmend prekärer gewordenen Bedingungen für Arbeitskämpfe zu kommunizieren – denn Rechte abhängig Beschäftigter gegen die strukturell überlegene Macht der Unternehmen gelten nicht erst seit den Zeiten von TTIP als partout wettbewerbsschädlich. Doch wenn sich der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Michael Vassiliadis, über den Arbeitskampf der Lokführer empört, die GDL gehe »erkennbar nicht verantwortlich mit dem Arbeitskampfinstrument um«, weshalb das im Bundestag verabschiedete Gesetz zur Tarifeinheit unverzichtbar sei, ist dies nicht nur ein letztlich unsolidarischer Akt, sondern respektlos gegenüber ArbeitnehmerInnen, die für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Einkommensbedingungen streiken.

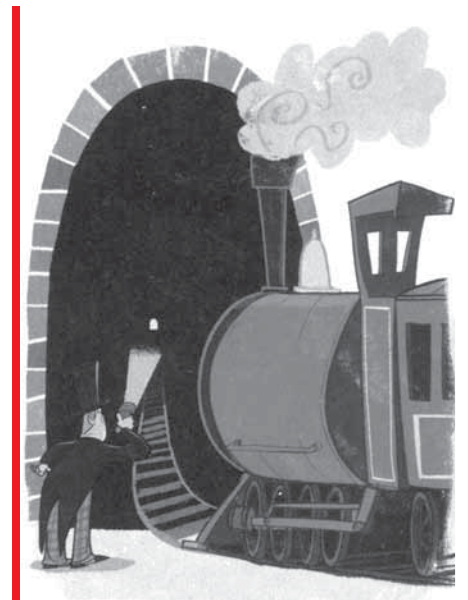
Was heißt »verantwortlicher« Umgang mit Arbeitsniederlegungen? Es waren gewerkschaftliche Kämpfe, mit denen tarif- und sozialpolitische Er-

rungschaften wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nach einem 114 Tage währenden Arbeitskampf von Oktober 1956 bis Februar 1957 durchgesetzt wurden, oder der Achtstundentag und die 35-Stunden-Woche, bei der in einem Arbeitskampf an 52 Tagen über zehn Millionen Arbeitstage streikbedingt ausfielen. Es gab mal eine Zeit, in der »Arbeitskampf« für sozialen und arbeitspolitischen Fortschritt stand. In der öffentlich-medialen Berichterstattung ist das nahezu vollständig untergegangen. Hinzu kommt: Ein politisches Streikrecht wie beispielsweise in Frankreich ist hierzulande nicht anerkannt; Arbeitskämpfe können nur im Rahmen von Tarifaueinsetzungen organisiert werden. Und dazu sind innergewerkschaftlich harte Quoren zu erfüllen. Zu konzedieren ist dabei: Auch die GDL setzt sich für die Rechte ihrer Mitglieder ein, schließlich sind sie es, die die Streikfront schließen müssen. Gehört nicht eher die Verantwortung des Bahn-Managements auf den Prüfstand?

Dauer-Tarifkonflikt Bahn

Während den ErzieherInnen in den Medien bisher vergleichsweise viel Verständnis entgegen gebracht wird, konzentrierte sich das mediale Gewerkschaftsbashing – schon seit vergangenem Jahr⁵ – vor allem auf die GDL. Selten war so viel Hass zwischen den Zeilen der Print-Medien zu lesen. »Geiselhaft« und »Erpressung« tönt es aus den Redaktionsstuben. »Dumm«, »verantwortungslos«, »irre« – so werden die Lokführer beschimpft, die von ihrem Streikrecht Gebrauch machen.

Dabei wird die Berichterstattung zu einer inhaltlichen Nullgröße, reduziert auf die Person des Vorsitzenden Claus Weselsky. Dieser wird abwechselnd als »Psychopath«, »Profilneurotiker« oder als »komplexbelasteter Außenseiter« bezeichnet. War beim Nachrichtensender *ntv* von einem »tarifpolitischen Amoklauf« die Rede, titelte die *Berliner Zeitung*: »Weselsky legt sich mit Deutschland an«. »Stoppt den Bahnsinn« wütete der stellvertretende *BILD*-Chefredakteur Bela Anda: »80 Millionen Menschen dürfen nicht zu Immobilitäts-Geiseln werden«. Da-



Karikatur: Economist

mit wird das Grundrecht auf Streik zum Hauptziel des Angriffs: »Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass es ein Tarifeinheitsgesetz braucht, um die zügellosen Auswüchse machtverliebter Einzelgewerkschafter zu regulieren, dann ist es dieser neue Streik.« (3.5.2015)

Der Tarifkonflikt bei der Bahn befindet sich nach elf Monaten im Schlichtungsverfahren – wobei die Schlichter Bodo Ramelow und Matthias Platzeck den politischen Charakter des Konflikts geradezu symbolisieren. Zwischenzeitlich fanden über 16 Verhandlungsrunden statt. Während sich die Bahn nach außen verhandlungsbereit präsentiert, ist sie den Gewerkschaften am Verhandlungstisch auch bei Kernforderungen jenseits der strittigen Tarifabgrenzungen – Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde und eine tarifliche Begrenzung der Überstunden bei der GDL, 6% Lohnsteigerungen bei einem Mindestbetrag von 150 Euro im Monat bei der EVG – kaum entgegenkommen. Die Deutsche Bahn AG hat mehrmals Vereinbarungen, die sie in den vorausgegangenen Verhandlungen bereits fest zugesagt hatte, wieder einkassiert. Beispielsweise gestand die Bahn der GDL im Dezember 2014 zu, dass sie für das gesamte Fahrpersonal verhandeln und für diesen Bereich normativ gültige Tarifverträge abschließen kann. Doch schon Anfang 2015 stellte die DB AG diese Absprachen wieder infrage und erklärte, die

Lokrangierführer seien »der Knackpunkt«: Die GDL fordere für sie »andere Entgelt- und Zulagenstrukturen und andere Arbeitszeitregelungen als die mit der EVG vereinbarten«. Welchen Sinn sollten Lokführer darin erblicken, sich künftig in einer Gewerkschaft zu organisieren, die keine eigenen Tarifforderungen durchsetzen könnte?

Angesichts der Verzögerungstaktik der Deutschen Bahn ist die Befürchtung der GDL, dem Unternehmen gehe es überhaupt nicht um einen Tarifabschluss, sondern um Zeitgewinn bis zum Inkrafttreten des »Gesetzes zur Tarifeinheit«, nicht völlig von der Hand zu weisen. Erinnert sei daran, dass Bahn-Personal-Chef Ulrich Weber schon im September 2014 der GDL den Vorschlag übermittelte: Aussetzung der Verhandlungen, bis das Gesetz zur Tarifeinheit verabschiedet sei. Für diesen Zeitraum bot er den Lokführern eine monatliche Zulage in Höhe von zwei Prozent ihres Gehalts an. Provokativer konnte die Botschaft gar nicht lauten: Greift nach den Krümeln, bevor euch die Regierung mit dem Gesetz zur Tarifeinheit den Garaus macht.⁶

Allerdings ist davon auszugehen, dass die gesetzliche Regelung der Tarifeinheit in der vorliegenden Fassung wenig Bestand haben wird. Die angekündigten Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht dürften – da sind sich namhafte Juristen einig – Erfolg haben. Darauf zu setzen, dass der Bahnvorstand es künftig nur noch bei den Lokführern mit der GDL, in allen anderen Bereichen aber mit der organisationspolitisch stärkeren EVG zu tun habe, könnten also angesichts der Eingriffe in das Assoziations-, Tarif- und Streikrecht auf Sand gebaut sein. Zumal selbst aus dem Bundesarbeitsministerium die Einschätzung stammt, die gerichtliche Prüfung eines Streiks könne ergeben, dass dieser »unverhältnismäßig sein kann, soweit ein Tarifvertrag erzwungen werden soll, dessen Inhalte evidenter nicht zur Anwendung kommen«. Das wäre dort der Fall, wo die Mehrheitsverhältnisse zwischen konkurrierenden Gewerkschaften in einem noch zu definierenden Betriebszusammenhang eindeutig sind.

Brandbeschleuniger

Mit der gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit ergreift der Bund als 100prozentiger Eigentümer der Deutschen Bahn AG einseitig Partei.

Es ist die Ironie der Geschichte, dass sich SPD-Minister in der GroKo zu Vollstreckern der Arbeitgeberverbände machen lassen, um das Streikrecht einzuschränken. Begleitet vom vielstimmigen Chor der Wirtschaftslobbyisten und CDU/CSU-Politiker, die nach einer »Zwangsschlichtung« rufen, um damit erst recht die im Artikel 9 GG geschützte Koalitionsfreiheit der ArbeitnehmerInnen und deren Recht auf Arbeitskampf weiter zu demontieren. Übrigens nicht nur zur Disziplinierung besonders renitenter Berufssparten. Der gesamte Bereich öffentlicher Daseinsvorsorge ist bereits ins Visier geraten. Und damit wären DGB-Gewerkschaften betroffen.

Es wäre naiv, Organisationskonkurrenz nur Spartengewerkschaften anzuhängen. Die DGB-Gewerkschaften dürfen nicht zulassen, dass das grundgesetzlich verbrieft Streikrecht infrage gestellt wird. Sie müssen aus ureigenen Interessen das Koalitionsrecht verteidigen. Wo es Streit gibt, muss dieser gewerkschaftspolitisch ausgetragen werden. Alles andere wäre ein Armutszeugnis, das politische Schwächung nach sich zieht.

Die eigentlichen Brandbeschleuniger sitzen dort, wo über Unternehmensstrategien entschieden wird. Der Blick auf die gegenwärtige Streiklandschaft fördert nämlich – so Heiner Dribbusch – zwei weitere Befunde zutage: eine »zunehmende Zersplitterung der Tariflandschaft« und eine »Abkehr der Arbeitgeber von ehemals einheitlichen Tarifstrukturen«.⁷ Die Aufspaltung von Tarifeinheit ist ein mehrdimensionaler Prozess von sozialer Zersetzung ehemals integrierter Belegschaften, von beständiger Veränderung der Kerngeschäftsfelder verbunden mit Out- und Inourcing von Unternehmen, von politischer Deregulierung, die expansive Leiharbeit und Werkvertragsarbeit erst ermöglicht, von Union Bashing dort, wo der Aufbau einer autonomen Interessenvertretung überhaupt erst die Voraussetzungen für Tarifpolitik schafft, und von fortgesetz-

ter Flucht aus Flächentarifverträgen, um durch Lohnkonkurrenz Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Wer Prekarisierung, Deregulierung und Verbandsflucht betreibt, nimmt Abschied von Tarifeinheit. Statt Reform ist es die Zerstörung des alten fordistischen Normalarbeitsverhältnisses, wodurch Tarifstrukturen und Tariflandschaften zersetzt werden.

In der medialen Öffentlichkeit hat ein Prozess der Umdeutung des Streiks als Freiheitsrecht in kollektive Geiselnahme eingesetzt. Politische Kräfte, die schon immer von Zwangsschlichtung träumten, wähen sich auf dieser Welle. Der Arbeitskampf der ErzieherInnen in den Kindertagesstätten, der Sozial- und HeilpädagogInnen und der KinderpflegerInnen könnte dagegenhalten. In diesem Berufsfeld konzentrieren sich weitreichende Veränderungen des Arbeitsalltags und des gesellschaftlichen Lebens: frühkindliche Bildungsprozesse, Ansprüche auf gesellschaftliche Integrationsleistungen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was das ver.di-Motto »Soziale Arbeit ist mehr wert« zum Ausdruck bringt, ist die Verbindung von aufgewerteter Arbeit mit angemessener Entlohnung und öffentlich organisierten sozialen Diensten. Das gilt es offensiv zu kommunizieren. Arbeitskämpfe sind in diesen Bereichen zugleich Kämpfe um soziale Prioritäten, um die Definition von Allgemeininteressen und um die Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen – in einer Zeit, in der Austerität die politische Agenda bestimmt. Und auch hier geht es um Tarifeinheit – versuchen die öffentlichen Arbeitgeber doch, die soziale Arbeit durch Umverteilung unter verschiedenen Beschäftigtengruppen zu spalten. Arbeitskämpfe erweisen sich – auf beiden Seiten – insofern erneut als gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen.

⁴ Bispinck, a.a.O.

⁵ Vgl. Otto König/Richard Detje: Das aktuelle Streik-Bashing. »Dumm«, »verantwortungslos«, »irre«, SozialismusAktuell, 27.10.2014.

⁶ Otto König/Richard Detje: Gesetz der Großen Koalition zur Tarifeinheit. Attacke auf Grundrechte, SozialismusAktuell, 9.10.2014.

⁷ Heiner Dribbusch, a.a.O.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

